

Zitate der israelischen Regierung zu ihrer Verhandlungsbereitschaft, ihrem Friedenswillen und einer Zwei-Staaten-Lösung

Netanyahu 22.7.2011 <http://www.botschaftisrael.de/2011/07/22/netanyahu-%e2%80%9ewir-sind-jederzeit-bereit-zu-direkten-verhandlungen-%e2%80%9c/> „An meinem ersten Tag als Ministerpräsident habe ich zu direkten Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgerufen. Kurz danach habe ich 400 Straßensperren und Kontrollpunkte aufgehoben und so das Wachstum der palästinensischen Wirtschaft gefördert, das ich sehr begrüße. Am dritten Tag habe ich in meiner Rede an der Universität Bar Ilan für eine Zweistaatenlösung stark gemacht. Glauben Sie mir, für einen Vorsitzenden der Likud ist das nicht einfach, doch ich habe es getan. Das vierte war, dass ich einem Memorandum für den Siedlungsbau zugestimmt habe. Kein andere Labor- oder Likud-Politiker hat das vor mir getan. Und als fünftes habe ich Präsident Obama gegenüber auch einer dreimonatigen Verlängerung des Memorandums zugestimmt, sollte diese notwendig sein. [...] **Ich denke, wir haben gezeigt, dass wir die Verhandlungen wirklich wollen. Ich bin bereit, mich sofort mit Präsident Abbas an einen Tisch zu setzen und ohne Vorbedingungen zu verhandeln.**

Netanyahu 24.5.2011 <http://newsletter.cti-newmedia.de/index.php?site=newsletter&id=921&uid=4707&sid=NA%3D%3D> Die Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien sind lebensnotwendig. Aber sie reichen nicht aus. Wir müssen auch einen Weg finden, um einen dauerhaften Frieden mit den Palästinensern zu schmieden. Vor zwei Jahren habe ich mich selbst einer Lösung von zwei Staaten für zwei Völker verschrieben: einem palästinensischen Staat an der Seite des jüdischen Staates.

Ich bin bereit, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, um diesen historischen Frieden zu erzielen. Als Regierungschef Israels ist es meine Verantwortung, mein Volk zum Frieden zu führen. (...)

So appelliere ich an Präsident Abbas: Zerreißen Sie Ihren Vertrag mit der Hamas! Setzen Sie sich hin und verhandeln Sie! Machen Sie Frieden mit dem jüdischen Staat! Und wenn Sie das tun, verspreche ich Folgendes: Israel wird nicht das letzte Land sein, das einen palästinensischen Staat als neues Mitglied der Vereinten Nationen willkommen heißt. Es wird das erste Land sein, das dies tut.

Netanyahu 20.7.2011 <http://www.alarabiya.net/articles/2011/07/20/158411.html> "I'm willing to negotiate peace with anyone that's willing to accept the right of my people and my country." With regard to a Palestinian state, Mr. Netanyahu said that "everything is on the table" in regards to negotiations with Palestinian President Mahmoud Abbas, on July 19. **Mr. Netanyahu said he is "prepared to negotiate with President Abbas for peace" in his home in Jerusalem or in Ramallah.**

Netanyahu 28.6.2011 http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/PMSpeaks/speechagency28061_1.htm So I stood before my people, people of Israel and I said numerous times that I will accept a Palestinian state. Now President Abbas must stand before his people and he has to say these six words, "I will accept the Jewish state". He has to say it. And I will repeat this over and over and over again because it's the attempt to fudge and evade and obscure this essential component of peace; the removal of this basic obstacle to peace that is required and this is what the international community must face up to. And the only way that it's going to happen is by the external pressure that says to the Palestinian leadership: Just say it. In many ways, all that pressure has been accumulated on Israel to arrive at painful understandings. That is understood. That is repeated, every day, twice a day – every newspaper you read for a year, for a decade, for decades. And yet the core of the conflict is hardly addressed. Well, I address it, and you should address it, and any fair-minded person and any peace-loving person should address it and say to the Palestinian leadership: **Just say the six words – "I will accept the Jewish state"**. Because once they say it, we will move inexorably towards peace.

Prosor 26.7.2011 <http://www.botschaftisrael.de/2011/07/27/prosor-einseitige-schritte-bringen-keinen-frieden/> Auch an die Palästinenser wende ich mich. **Ergreifen Sie die ausgestreckte Hand Israels. Ergreifen Sie die vor uns liegende Gelegenheit, um den wirklichen Weg zum Frieden zu gehen – den Weg der Lösungen, nicht der Resolutionen; des Dialoges, nicht des Monologes und von direkten Verhandlungen und nicht unilateralen Erklärungen.**

Liberman 10.5.2011

http://www.mfa.gov.il/MFA/About+the+Ministry/Foreign_Minister/Speeches/Independence_Day_FM_Liberman_diplomatic_corps_10-May-2011

The State of Israel has always said and I repeat, we are willing to come to the negotiating table immediately to start direct talks with all of our neighbors. We are willing to make a great effort to achieve peace but we will not compromise our vital security interests.

I call on all of our neighbors to look at Israel's achievements in finance, hi-tech, science and industry. We are willing to share this knowledge with you. You have more to gain from cooperating with us than engaging in conflicts. **The ball is in your hands.**

Ayalon 5.7.2011 <http://www.botschaftisrael.de/2011/07/05/ein-palastinensischer-staat-allein-bringt-keinen-frieden/> Der einzige Weg, den Konflikt zu beenden, ist durch eine einvernehmliche Verhandlungslösung. Wenn die internationale Gemeinschaft die Forderungen einer Seite erfüllt, ohne dass diese Kompromisse bei den Hauptthemen des Konflikts eingehen muss, wird unsere Region zu weiterer Gewalt und Blutvergießen verdammt sein.

Ayalon 22.12.2010

http://www.mfa.gov.il/MFA/About+the+Ministry/Deputy_Foreign_Minister/Speeches/DepFM_Ayalon_oped_Guardian_22-Dec-2010 **Israel has cleared the way for negotiations to restart by constantly declaring that all issues will be on the table.**



Prime Minister's Office Communications Department

14. 06. 2009

Rede des Ministerpräsidenten im Begin-Sadat Center der Bar-Ilan Universität

Verehrte Gäste, Bürgerinnen und Bürger des Staates Israel

Der Frieden stellt seit eh und jeh den grössten Wunsch unseres Volkes dar. Unsere Propheten haben der Welt die Vision des Friedens geschenkt, wir begrüßen uns gegenseitig mit dem Gruss "Frieden" und unsere Gebete schliessen mit dem Wort "Frieden."

Wir befinden uns heute Abend in einer Einrichtung, die den Namen zweier Pioniere des Friedens trägt, Menachem Begin und Anwar Sadat - wir teilen ihre Vision.

Vor zweieinhalb Monaten wurde ich in das Amt des Ministerpräsidenten von Israel eingeschworen. Ich gelobte, eine Einheitsregierung zu gründen – und das habe ich getan. Ich hegte damals und hege noch heute die Überzeugung, dass die Einheit für uns wichtiger ist denn jeh; wie stehen drei äusserst bedeutenden Herausforderungen gegenüber: der Bedrohung durch den Iran, der Wirtschaftskrise und dem Fortschritt in Richtung Frieden.

Die Bedrohung durch den Iran schwebt über uns, wie gestern noch einmal klar verdeutlicht wurde. Die grösste Gefahr, der Israel, der Nahe Osten, die gesamte Welt und die gesamte Menschheit gegenübersteht, geht von einer Verbindung zwischen radikalem Islam und Nuklearwaffen aus. Ich habe dieses Thema bei meinem letzten Besuch in Washington mit Präsident Obama besprochen und werde es bei meinen Gesprächen mit europäischen Verantwortlichen in der nächsten Woche ebenfalls ansprechen. Seit Jahren setze ich mich unermüdlich dafür ein, eine internationale Allianz zu schaffen, um den Iran daran zu hindern, sich mit Nuklearwaffen auszurüsten.

Angesichts der globalen Wirtschaftskrise hat die Regierung schnell reagiert, um die israelische Wirtschaft zu stabilisieren. Wir haben für unseren Haushalt einen Zweijahresplan erstellt, den die Knesset ihn in Kürze verabschieden wird.

Und die dritte Herausforderung – von äusserster Bedeutung, - ist der Fortschritt in Richtung Frieden. Auch diesen Aspekt habe ich mit Präsident Obama angesprochen; ich stehe voll und ganz hinter dem Gedanken eines regionalen Friedens, den der Präsident in die Wege leiten will.

Ich teile den Wunsch des Präsidenten, für unsere Region eine neue Ära der Versöhnung herbeizuführen. Aus diesem Grund habe ich Präsident Mubarak in Ägypten und König Abdullah in Jordanien getroffen, um die Unterstützung dieser Staatmänner für die Ausweitung des Friedens in unserer Region zu gewinnen.

Ich wende mich heute Abend an die führenden Staatsmänner aller arabischen Staaten mit der Bitte: " Treffen wir uns zu einem Gespräch, zu einem Gespräch über den Frieden und schliessen wir Frieden. Ich bin jederzeit dazu bereit. Ich bin bereit Sie in Damaskus, in Riyadh, in Beirut zu treffen – überall – auch in Jerusalem.

Ich möchte die arabischen Staaten dazu aufrufen, mit den Palästinensern und mit uns zusammenzuarbeiten, um einen wirtschaftlichen Frieden herbeizuführen. Ein wirtschaftlicher Frieden ist kein Ersatz für einen politischen Frieden, stellt jedoch ein wichtiges Element in Richtung auf dieses Ziel dar. Gemeinsam können wir Projekte in Angriff nehmen, um das Fehlen von Ressourcen unserer Region zu überwinden, wie etwa die Entsalzung des Wassers oder die Maximierung seiner Vorteile, wie die Entwicklung der Solarenergie oder die Verlegung von Gas- und Erdölleitungen, sowie Transportrouten zwischen Asien, Afrika und Europa.

Der wirtschaftliche Erfolg der Golfstaaten hat uns alle beeindruckt , er hat auch mich stark beeindruckt. Ich möchte die begabten Unternehmer der arabischen Welt aufrufen, hierherzukommen und hier ihre Investitionen zu leisten, den Palästinensern – und uns- dabei behilflich zu sein, die Wirtschaft anzukurbeln.

Gemeinsam sind wir in der Lage, Industriegebiete zu entwickeln, die Tausende von Arbeitsplätzen schaffen werden und Fremdenverkehrsgebiete zu erschliessen, die Millionen von Besuchern anziehen werden, die den Wunsch hegen, auf den Spuren der Geschichte zu wandeln – in Nazareth und in Bethlehem, an den Mauern von Jericho und den Mauern von Jerusalem, an den Ufern des See Genezareths und der Taufstätte am Jordan.

Es besteht hier ein grosses Potential für einen archäologischen Fremdenverkehr, wenn wir nur in der Lage sind, zusammenzuarbeiten und ihn zu entwickeln.

Ich wende mich mit folgenden Worten an Sie, unsere palästinensischen Nachbarn, unter der Leitung der Palästinensischen Behörde: Lasst uns sofort Verhandlungen aufnehmen, ohne jegliche Vorbedingungen.

Israel sieht sich seinen internationalen Verpflichtungen verbunden und erwartet von allen Seiten, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten.

Wir wollen mit Ihnen in Frieden zusammenleben, in guter Nachbarschaft. Wir wollen, dass unsere und Ihre Kinder nie wieder die Erfahrungen des Krieges erleben, dass Eltern, Brüder und

Schwestern nie wieder erleben, was es heisst, einen lieben Angehörigen im Kampf zu verlieren, dass unsere Kinder in der Lage sind, von einer besseren Zukunft zu träumen und diesen Traum zu verwirklichen und dass wir gemeinsam unsere Energien in Pflugscharen und Sichel und nicht in Schwerter und Spiesse investieren.

Ich kenne das Antlitz des Krieges. Ich habe Kämpfe erlebt. Ich habe enge Freunde verloren, - ich habe einen Bruder verloren. Ich habe den Schmerz der Trauerfamilien erlebt. Ich will keinen Krieg. Kein Mensch in Israel will Krieg.

Wenn wir uns die Hand reichen und gemeinsam für den Frieden arbeiten, sind der Entwicklung und dem Wohstand, die wir für unsere beiden Völker erreichen könne, keine Grenzen gesetzt – in der Wirtschaft, der Landwirtschaft, dem Handel, dem Fremdenverkehr und dem Erziehungswesen – die grösste Bedeutung liegt darin, dass wir unserer Jugend eine bessere Welt anbieten könnten, ein Leben in Ruhe und Kreativität, voller Möglichkeiten und Hoffnung.

Wenn die Vorteile des Friedens so offensichtlich sind, müssen wir uns fragen, warum der Frieden so weit entfernt bleibt, während unsere Hände sich dem Frieden entgegenstrecken? Warum dauert dieser Konflikt seit über sechzig Jahren an?

Um diesem Konflikt ein Ende zu setzen, müssen wir eine ehrliche und offene Antwort auf folgende Frage liefern: Was bildet die Wurzel des Konflikts?

In seiner Rede vor dem ersten Zionistenkongress in Basel sagte der Gründer der Zionistischen Bewegung, Theodor Herzl über die jüdische nationale Heimstätte: " Diese Idee ist so gewaltig, dass wir sie nur mit den einfachsten Worten umschreiben können." Heute werde ich von der immensen Herausforderung des Friedens in möglichst einfachen Worten sprechen.

Während wir die Augen auf den Horizont richten, müssen wir dennoch fest in der Realität , in der Wahrheit verankert bleiben. Die einfache Wahrheit lautet, dass die Wurzel des Konflikts in der Vergangenheit und noch in der Gegenwart in der Weigerung zu finden ist, das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat in seinem historischen Heimatland anzuerkennen.

1947, als die Vereinten Nationen den Teilungsplan in einen jüdischen Staat und einen arabischen Staat vorschlugen, lehnte die gesamte arabische Welt die Resolution ab. Die jüdische Gemeinschaft dagegen, begrüsst die Resolution mit Freudentänzen und Jubel.

Die Araber wiesen jeden jüdischen Staat zurück in welchen Grenzen auch immer.

Wer der Meinung ist, die andauernde Feindschaft Israel gegenüber sei das Ergebnis unserer Anwesenheit in Judäa, Samarien und Gaza, verwechselt Ursache und Wirkung.

Die Angriffe gegen uns begannen gegen 1920 und eskalierten 1948 mit der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel in einen allumfassenden Angriff, setzten sich mit den Fedayeen Angriffen in den 50er Jahren fort und mündeten 1967, am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges in dem Versuch, die Schlinge um den Hals des Staates Israel zuzuziehen.

Dies alles trug sich in den fünfzig Jahren zu, noch bevor ein einziger israelischer Soldat auch nur einen Fuss auf den Boden von Judäa und Samarien gesetzt hatte.

Zum Glück haben Ägypten und Jordanien diese Spirale der Feindschaft verlassen. Die Unterzeichnung der Friedenverträge haben ihren Forderungen Israel gegenüber ein Ende gesetzt und den Konflikt beendet. Zu unserem Bedauern ist dies mit den Palästinensern noch nicht der Fall. Je mehr wir uns einem Abkommen mit ihnen nähern, desto weiter ziehen sie sich zurück und stellen Forderungen, die mit einem echten Wunsch, dem Konflikt ein Ende zu setzen, unvereinbar sind.

Viele Menschen guten Willens haben uns erklärt, ein Rückzug aus Gebieten bilde den Schlüssel

zum Frieden mit den Palästinensern. Gut – wir haben uns zurückgezogen. Die Tatsachen zeigen jedoch, dass jedem Rückzug massive Terrorwellen folgten, Selbstmordattentate und Tausende von Raketen.

Wir haben beides versucht, einen Rückzug mit einem Abkommen und ohne Abkommen durchzuführen. Wir haben einen teilweisen Rückzug und einen vollen Rückzug versucht. Im Jahr 2000 und im vergangenen Jahr schlug Israel einen fast vollständigen Rückzug vor, im Austausch gegen eine Beendigung des Konflikts – beide Male wurde unser Angebot zurückgewiesen.

Wie haben uns bis auf den allerletzten Zentimeter aus dem Gazastreifen zurückgezogen. Wir haben Dutzende von Siedlungen geräumt und Tausende von Israelis aus ihren Heimen entwurzelt – als Gegenleistung haben wir einen Raketenhagel auf unsere Städte, unsere Ortschaften, unsere Kinder erhalten.

Die Behauptung, territoriale Zugeständnisse würden den Frieden mit den Palästinensern herbeiführen oder dem Frieden zumindest förderlich sein, hat sich bisher nicht bestätigt.

Darüberhinaus hat die Hamas im Süden, wie die Hisbollah im Norden, wiederholt ihre Absicht bekundet, die israelischen Städte Ashkelon, Beersheba, Akko und Haifa zu "befreien".

Territoriale Zugeständnisse haben den Hass nicht gemindert und zu unserem Leidwesen sind auch die gemässigten Palästinenser noch nicht bereit, diese einfachen Worte auszusprechen: Israel ist der Nationalstaat des Jüdischen Volkes und diese Tatsache wird fortbestehen.

Frieden zu schliessen verlangt Mut und Aufrichtigkeit von beiden Seiten, nicht nur von israelischer Seite.

Die palästinensische Führung muss sich erheben und sagen: " Es reicht! Wir erkennen das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat auf diesem Boden an und wir sind bereit, in echtem Frieden neben Euch zu leben. "

Ich sehne diesen Moment herbei – wenn nämlich palästinensische Führer vor unserem und ihrem Volk diese Sätze sprechen, dann wird sich ein Weg in Richtung auf die Lösung aller Probleme zwischen unseren Völkern eröffnen, so komplex diese auch sein mögen.

Daher bildet eine öffentliche, verbindliche und unmissverständliche Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes eine grundlegende Vorbedingung für eine Beendigung des Konflikts.

Um diese Erklärung mit praktischer Bedeutung zu versehen, muss auch ein klares Einvernehmen darüber herrschen, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem ausserhalb der Grenzen des Staates Israel gelöst werden wird. Es steht nämlich eindeutig fest, dass jegliche Forderung, palästinensische Flüchtlinge innerhalb der israelischen Landesgrenzen anzusiedeln, das Fortbestehen Israels als Staat des jüdischen Volkes untergräbt.

Das palästinensische Flüchtlingsproblem muss gelöst werden und es kann gelöst werden, wie wir selbst es in einer ähnlichen Situation bewiesen haben. Das winzige Israel hat zehntausende von jüdischen Flüchtlingen integriert, die ihr Heime und ihren Besitz in arabischen Ländern verlassen mussten.

Gerechtigkeit und Logik verlangen daher, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem ausserhalb der israelischen Landesgrenzen gelöst wird. Zu dieser Frage herrscht ein breites nationales Einverständnis. Ich bin davon überzeugt, dass mit gutem Willen und internationaler Hilfe, dieses humanitäre Problem dauerhaft gelöst werden kann.

Bisher habe ich von der Notwendigkeit der Anerkennung unserer Rechte durch die Palästinenser gesprochen. Jetzt werde ich offen von der Notwendigkeit sprechen, unsererseits ihre Rechte

anzuerkennen.

Lassen Sie mich jedoch zuerst feststellen, dass die Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Land Israel seit über 3500 Jahren besteht. Judäa und Samarien, die Orte, an denen Abraham, Isaak und Jakob, David und Salomon, Jesaja und Jeremia lebten, sind uns nicht fremd. Dies ist das Land unserer Vorfäter.

Das Recht des jüdischen Volkes auf einen Staat im Land Israel entstammt nicht den Katastrophen, die unser Volk erlitten hat. Es stimmt, - 2000 Jahre lang hat das jüdische Volk Vertreibungen, Pogrome, Ritualmordlügen und Massaker erlitten, deren Höhepunkt im Holocaust lag – ein Leiden, für das es in der menschlichen Geschichte keine Parallele gibt.

Manche Stimmen behaupten, wenn der Holocaust nicht stattgefunden hätte, wäre der Staat Israel nie gegründet worden. Ich jedoch behaupte, wenn der Staat Israel früher gegründet worden wäre, hätte der Holocaust nicht stattgefunden.

Diese tragische Geschichte der Machtlosigkeit erklärt, warum das jüdische Volk die souveräne Möglichkeit der Selbstverteidigung braucht.

Unser Recht, unseren souveränen Staat hier, im Land Israel zu aufzubauen, entstammt einer einfachen Tatsache: dies ist die Heimat des Jüdischen Volkes, dies ist der Boden, auf dem unsere Identität geformt wurde.

Wie Israels erster Ministerpräsident David Ben-Gurion in der israelischen Unabhängigkeitserklärung verkündete: "Im Lande Israel entstand das Jüdische Volk, Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig. Hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das Ewige Buch der Bücher."

Wir müssen jedoch die ganze Wahrheit darstellen: in dieser Heimstätte lebt eine grosse palästinensische Gemeinschaft. Wir wollen sie nicht beherrschen, wir wollen ihr Leben nicht regieren, wir wollen ihnen weder unsere Fahne noch unsere Kultur auferlegen.

So wie ich den Frieden sehe, leben in diesem, unserem kleinen Land, zwei Völker in Freiheit nebeneinander, in Freundschaft und gegenseitigem Respekt. Jedes Volk mit seiner eigenen Fahne, seiner eigenen Nationalhymne, seiner eigenen Regierung. Keiner wird die Sicherheit oder das Überleben des anderen bedrohen.

Diese beiden Realitäten – unsere Verbindung mit dem Land Israel und die palästinensische Bevölkerung, die in diesem Land lebt – haben innerhalb der israelischen Gesellschaft tiefe Spaltungen verursacht. In Wirklichkeit sind die Gemeinsamkeiten jedoch viel zahlreicher als die Reibungspunkte.

Ich stehe heute Abend an dieser Stelle, um diese Einheit anzusprechen, die Prinzipien des Friedens und der Sicherheit auf die sich ein breites Einverständnis der israelischen Gesellschaft stützt. Dies sind die Prinzipien, an denen sich unsere Politik orientiert.

Diese Politik muss die internationale Situation berücksichtigen, die in letzter Zeit entstanden ist. Wir müssen die Realität als solche wahrnehmen und gleichzeitig fest auf den Prinzipien bestehen, die für Israel grundlegende Bedeutung besitzen.

Ich habe das erste Prinzip schon unterstrichen – die Anerkennung. Die Palästinenser müssen Israel als Staat des jüdischen Volkes auf klare und eindeutige Art und Weise anerkennen. Das zweite Prinzip lautet: Entmilitarisierung. Das Gebiet unter palästinensischer Herrschaft muss entmilitarisiert sein, mit unverrückbaren Sicherheitsvorkehrungen für Israel.

Ohne diese beiden Bedingungen besteht echte Gefahr, dass ein bewaffneter palästinensischer Staat entsteht, der eine weitere Terrorbasis gegen den jüdischen Staat darstellt, wie es in Gaza

schon der Fall ist.

Wir wollen keine Kassamraketen auf Petach Tikwa, Gradraketen auf Tel Aviv oder Mörsergranaten auf den Ben-Gurion Flughafen. Wie wollen Frieden.

Um den Frieden zu erreichen, muss gewährleistet sein, dass die Palästinenser nicht in der Lage sein werden, Raketen in ihre Gebiete einzuführen, eine Armee aufzustellen, ihren Luftraum von uns zu verschliessen oder mit Gruppen wie der Hisbollah und dem Iran Verträge abzuschliessen. Auch zu diesem Punkt herrscht in Israel weitgehende Einstimmigkeit.

Es kann auf keinen Fall von uns verlangt werden, im Vorhinein dem Prinzip eines palästinensischen Staates zuzustimmen, ohne Gewissheit, dass dieser Staat entmilitarisiert sein wird.

In einem für die Existenz Israels so grundlegenden Aspekt, müssen zuallererst unsere Sicherheitsanliegen berücksichtigt werden.

Daher wenden wir uns heute an unsere Freunde in der internationalen Völkergemeinschaft, unter der Leitung der Vereinigten Staaten, mit den Mindestanforderungen für die Sicherheit Israels: Klare Auflagen, dass in einem zukünftigen Friedensabkommen, das von den Palästinensern beherrschte Gebiet entmilitarisiert wird: d. h. keine Armee, keine Herrschaft über den Luftraum und mit effektiven Sicherheitsmassnahmen, um Waffenschmuggel in diese Gebiete zu vermeiden – eine echte Überwachung, nicht die Art der Überwachung, die wir heute in Gaza sehen. Selbstverständlich werden die Palästinenser auch nicht die Möglichkeit erhalten, militärische Abkommen zu schliessen.

Ohne diese Vorkehrungen werden sich diese Gebiete früher oder später in ein weiteres Hamastan verwandeln. Eine solche Tatsache können wir nicht hinnehmen.

Bei meinem Besuch in Washington habe ich Präsident Obama gesagt, dass die Terminologie keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde, wenn wir uns über die Grundsätze einigen können.

Und hier ist der Grundsatz, den ich jetzt klar ausdrücken möchte:

Wenn wir die Garantie bezüglich der Entmilitarisierung und der Sicherheitsbedürfnisse Israels erhalten, und wenn die Palästinenser Israel als Staat des jüdischen Volkes anerkennen, werden wir in einem zukünftigen Friedensabkommen bereit sein, eine Lösung zu finden, in der ein entmilitarisiertes palästinensischer Staat neben dem jüdischen Staat besteht.

Zu den verbleibenden wichtigen Themen, die als Teil einer Endstatusregelung zu besprechen sind, ist meine Haltung bekannt- Israel braucht verteidigungsfähige Grenzen, Jerusalem muss als vereinte Hauptstadt Israels bestehen bleiben, mit ständiger Religionsfreiheit für alle Religionen.

Die territoriale Frage wird als Teil des endgültigen Friedensabkommens diskutiert werden. In der Zwischenzeit, haben wir keinerlei Absicht, neue Siedlungen zu gründen oder zusätzliche Enteignungen für bestehende Siedlungen vorzunehmen.

Es besteht jedoche die Notwendigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern einen normalen Alltag zu gewährleisten, Müttern und Vätern die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder auf die gleiche Art und Weise aufwachsen zu sehen, wie es Familien an anderen Orten erlaubt ist. Die Siedler sind weder Feinde des Volkes noch Feinde des Friedens. Sie stellen einen integralen Bestandteil unseres Volkes dar, eine auf Prinzipien basierende, von Pioniergeist beseelte, zionistische Bevölkerungsgruppe.

Unsere Einheit bildet eine grundlegende Voraussetzung und wird uns dabei behilflich sein, die Versöhnung mit unseren Nachbarn zu erzielen. Diese Versöhnung muss schon mit einer Veränderung bestehender Realitäten beginnen. Ich bin der Überzeugung, dass eine starke palästinensische Wirtschaft den Frieden stärken wird.

Wenn sich die Palästinenser dem Frieden zuwenden – durch eine Bekämpfung des Terrors, eine Stärkung der Regierungsgewalt und des Rechtsstaatsprinzips, durch die Erziehung ihrer Kinder auf den Frieden hin und eine Beendigung der Hetze gegen Israel - dann werden wir unseren Teil dazu beitragen, indem wir alle Anstrengungen unternehmen, die Bewegungs- und Zugangsfreiheit zu erleichtern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Volkswirtschaft zu entwickeln. Dies alles wird uns in unseren Anstrengungen unterstützen, zu einem Friedensabkommen zu gelangen.

In allererster Linie müssen die Palästinenser zwischen dem Weg des Friedens und dem Weg der Hamas wählen. In Gaza wird die Palästinensische Behörde die Rechtsstaatlichkeit einrichten und die Hamas überwinden müssen. Israel wird sich mit Terroristen, die seine Zerstörung anstreben, nicht an den Verhandlungstisch setzen.

Die Hamas gewährt dem Roten Kreuz nicht einmal das Recht, unseren entführten Soldaten Gilad Shalit zu besuchen, der seit drei Jahren gefangen gehalten wird, abgeschnitten von seinen Eltern, seiner Familie und seinem Volk. Wir sind dazu verpflichtet, ihn gesund und sicher nach Hause zu bringen.

Mit einer dem Frieden verpflichteten palästinensischen Führung, mit der aktiven Beteiligung der arabischen Welt und der Unterstützung der Vereinigten Staaten und der internationalen Völkergemeinschaft besteht keinerlei Grund dafür, den Durchbruch zum Frieden nicht verwirklichen zu können.

Unser Volk hat schon bewiesen, dass es in der Lage ist, Unmögliches zu verwirklichen. In den letzten 61 Jahren, haben wir, neben der ständigen Verteidigung unserer Existenz, Wunder geleistet.

Unsere Microchips befinden sich in allen Rechnern der Welt. Unsere Arzneimittel dienen zur Behandlung von Krankheiten, die einst als unheilbar galten. Unsere Tropfbewässerung erweckt auf der ganzen Welt trockene Landstriche zu neuem Leben. Israelische Wissenschaftler drängen die Grenzen menschlichen Wissens immer weiter zurück.

Wenn doch unsere Nachbarn unserem Ruf folgen wollten – auch der Frieden wäre dann in unserer Reichweite.

Ich möchte die Führer der arabischen Welt und die palästinensische Führung aufrufen: Lasst uns gemeinsam den Weg von Menahem Begin und Anwar Sadat, Itzhak Rabin und König Hussein beschreiten. Lasst uns die Vision des Propheten Jesaja verwirklichen, der vor 2700 Jahren in Jerusalem sprach: " ... kein Volk wird noch gegen ein anderes Volk das Schwert erheben, und sie werden sich hinfert nicht mehr auf den Krieg einüben."

Mit Gottes Hilfe werden wir uns nicht mehr auf den Krieg einüben. Wir werden den Frieden erleben.

3 Kaplan St. Hakirya, Jerusalem 91950



Positionspapier des Außenministeriums des Staates Israel zur einseitigen Ausrufung eines Palästinenserstaates

I. Zur vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates II. Rechtliche Aspekte der vorzeitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates

I. Vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates

Die Palästinensische Autonomiebehörde erfüllt nicht die juristischen Kriterien für Eigenstaatlichkeit

Die PA entspricht gegenwärtig ganz klar nicht den gängigen juristischen Kriterien für Eigenstaatlichkeit, besonders nicht das Kriterium einer funktionsfähigen Regierung. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) übt in der Westbank lediglich Kontrolle über die sog. *Area A* und *B* aus. Das *Area C*, das gemäß dem Interimsabkommen 60 % des Gesamtgebietes ausmacht, bleibt vorwiegend unter israelischer Kontrolle. Darüber hinaus hat die PA keine effektive Kontrolle über den von der Hamas regierten Gaza-Streifen, obwohl Israel sich vor 6 Jahren vollständig aus diesem Gebiet zurückgezogen hat.

Die Anerkennung einer einseitigen Erklärung zu diesem Zeitpunkt wäre daher verfrüht und könnte einen gefährlichen Präzedenzfall für die Anerkennung neuer Staaten in anderen Regionen schaffen.

Eine vorzeitige Anerkennung stellt das Prinzip eines Friedens auf Verhandlungsbasis in Frage

Israel liegt weiterhin sehr viel daran, bilaterale Verhandlungen aufzunehmen, um den Konflikt zu lösen. Die palästinensische Führung hat hingegen eine Entscheidung getroffen, die zeigt, dass sie nicht mehr an direkten Verhandlungen mit Israel interessiert ist und es vorzieht, Israel durch internationalen Druck ihre Lösung aufzuzwingen.

Eine einseitige Erklärung sabotiert die Grundprinzipien der Friedensarbeit im Nahen Osten

Eine einseitige Erklärung palästinensischer Eigenstaatlichkeit untergräbt alle international anerkannten Rahmenbedingungen für den Frieden im Nahen Osten (Resolutionen 242, 338 1850 des UNO Sicherheitsrates; die Road Map; die Erklärungen des Quartetts etc.), die alle eine gegenseitig ausgehandelte und akzeptierte Lösung des Konflikts fordern und einseitige Aktionen stets abgelehnt haben.

Eine einseitige Erklärung verletzt bestehende Abkommen

Eine einseitige Erklärung Palästinensischer Eigenstaatlichkeit würde bestehende israelisch-palästinensische bilaterale Friedensabkommen verletzen, insbesondere das Interimsabkommen von 1995, das ausdrücklich einseitige Aktionen von jeglicher Seite verbietet, etwa, den Status der Westbank und des Gaza-Streifens zu ändern, bevor ein definitives Abkommen auf dem Verhandlungsweg erreicht worden ist.

Die Anerkennung eines palästinensischen Staates zum jetzigen Zeitpunkt schadet dem wahren Frieden

Eine einseitige Erklärung palästinensischer Eigenstaatlichkeit würde den Konflikt eher anheizen als ihn zu beenden. Sie würde keines der Hauptprobleme lösen, angefangen bei der Grenzziehung über Jerusalem bis hin zur Flüchtlingsfrage. Wie von beiden Seiten vereinbart und auch von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, können diese komplexen Fragen nur in direkten Verhandlungen zwischen den Parteien gelöst werden, nicht in einseitigen Aktionen.

Eine vorzeitige Anerkennung würde Israels legitime Bedürfnisse ignorieren, speziell in Sicherheitsfragen. Den Palästinensern würde es die Möglichkeit eröffnen, den wichtigen Schritt einer gegenseitigen Anerkennung weiterhin zu vermeiden. Damit würde die PA weiterhin der Anerkennung Israels als Staat des jüdischen Volkes aus dem Weg gehen.

Eine vorzeitige Anerkennung bedeutet die Anerkennung von Terroristen

In Vorbereitung der einseitigen Ausrufung ihres Staates hat die PA ein Versöhnungsabkommen mit der Hamas unterzeichnet. Die Hamas ruft weiterhin zur Zerstörung Israels auf und lehnt es ab, alle grundsätzlichen, von der internationalen Gemeinschaft gestellten Bedingungen zu erfüllen und so als legitimer Partner in der Region anerkannt zu werden. Dieses Abkommen anzuerkennen, ohne dass die Hamas ihre Position ändert, würde de facto bedeuten, die Hamas international anzuerkennen.

Die Hamas wird weiterhin als Terrororganisation betrachtet und von zahlreichen Staaten weltweit geächtet, einschliesslich Grossbritanniens und der USA. Die Hamas strebt die Vernichtung Israels an und lehnt die drei Prinzipien des Nahost-Quartetts ab (Anerkennung des Existenzrechts Israels und bestehender Vereinbarungen sowie die Verurteilung von Gewalt).

Eine einseitige Ausrufung Palästinensischer Eigenstaatlichkeit würde dazu genutzt, den Krieg gegen Israel vor internationalen Gerichten weiterzuführen

PA Präsident Abbas hat dazu aufgefordert, die Anerkennung des Palästinensischen Staates als Sprungbrett für einen Rechts-Krieg gegen Israel (lawfare) zu nutzen (wie er im Mai in einem Gastkommentar in der New York Times deutlich machte). Solche Erklärungen zeigen, wie gefährlich es ist, die Palästinensischen Bemühungen zur einseitigen Erklärung der Eigenstaatlichkeit zu unterstützen, da solche rechtlichen Manöver nur Öl ins Feuer des Konflikts wären.

Eine vorzeitige Anerkennung bedroht die bestehende israelisch-palästinensische Zusammenarbeit

Die produktiven und erfolgreichen gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen, die die bestehende israelisch-palästinensische Zusammenarbeit fördern, könnten durch die einseitige Erklärung palästinensischer Eigenstaatlichkeit geschädigt werden. Derzeit existieren in über 40 Bereichen gesellschaftlicher Aktivitäten bilaterale Abkommen, die als Basis für wirtschaftliche, gesetzliche und sicherheitstechnische Zusammenarbeit, sowie für die Steuerrückerstattungen von Israel an die PA dienen. Die Sabotage solch lebensnotwendiger Vereinbarungen, Grundlage für das beeindruckende Wachstum und die beachtenswerte Stabilität in der Westbank, könnte empfindliche wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringen und das Potenzial für praktische Zusammenarbeit limitieren, auch in Bereichen wie der Sicherheitskooperation. Die Spannungen, die eine solche umstrittene einseitige Erklärung unweigerlich nach sich zieht, könnten die Zusammenarbeit gar unmöglich machen.

Israel bleibt der Suche nach Frieden verpflichtet

Israel hat in der Vergangenheit immer wieder für den Frieden strategische Zugeständnisse gemacht. Es hat seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, über Landtausch zu verhandeln, es hat sich für den Frieden mit Ägypten aus dem Sinai zurückgezogen, ebenso aus dem Gaza- Streifen und dem Südlibanon. Die Tatsache, dass die israelischen Schritte zum Frieden in Gaza und im Südlibanon mit Raketenbeschuss beantwortet wurden, könnte eine ernüchternde Warnung hinsichtlich der Risiken sein, die Israel eingeht und zeigt, wie wichtig es ist, ein Abkommen zu erreichen, das im Interesse aller Konfliktparteien ist.

Israel hat in den letzten zwei Jahren viel getan, um die Bedingungen für die Palästinenser zu verbessern, es hat Strassensperren entfernt und das Wirtschaftswachstum in der Westbank unterstützt. Es hat ebenfalls die Restriktionen für die Einfuhr von Waren in den Gazastreifen aufgehoben, und lediglich Waffen und potentiell gefährliche Güter untersagt. Israel hat auch Maßnahmen ergriffen, um die Verbesserung der Infrastruktur für die Palästinenser zu fördern.

Eine verfrühte Anerkennung würde den Verhandlungsprozess und die Ideale von Kompromiss und Dialog nichtig machen und die israelischen Anstrengungen für Frieden sabotieren.

II. Rechtliche Aspekte der vorzeitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates

Die vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates wird den historischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nur vertiefen und intensivieren, nicht lösen.

So erklärte etwa Mahmoud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, in einem Gastkommentar in der New York Times vom 16. Mai 2011 unmissverständlich, dass er plant, die einseitige Erklärung der Palästinenser als Sprungbrett zu nutzen, um „den Weg freizumachen für Klagen gegen Israel bei der UNO, Institutionen für Menschenrechte und dem Internationalen Gerichtshof.“

Die einseitige Ausrufung einer Eigenstaatlichkeit untergräbt den bestehenden internationalen Rahmen für israelisch-palästinensische Verhandlungen und für verbindliche bilaterale Vereinbarungen zwischen den Parteien. All diese Vereinbarungen fordern die Parteien auf, zusammen zu arbeiten, den Konflikt zu lösen und alle Fragen, die den permanenten Status betreffen (Grenzen, Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge, Sicherheit, Wasser) in einer gemeinsam vereinbarten Art und Weise zu regeln und die Verantwortung für einseitige Maßnahmen zu übernehmen. Auch die von US-Präsident Obama kürzlich gehaltene Rede spiegelte diesen Ansatz wieder. Er unterstrich darin, dass ein dauerhafter Frieden nur durch einen durch Verhandlungen erreichten Lösungsansatz erreicht werden wird, dem beide Seiten zustimmen und nicht durch einseitige politische Manöver.

Die vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates wird einen Großteil, wenn nicht sogar alle Fragen des endgültigen Status' ungelöst lassen. Sie wird auch dazu dienen, alle bestehenden Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern zu untergraben, die derzeit die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien in den 40 Bereichen der zivilen Aktivitäten darstellen. Die vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates könnte damit eine Bedrohung für die derzeitige wirtschaftliche Stabilität und das Wirtschaftswachstum in der Region darstellen, ganz zu schweigen von der verbesserten Sicherheitslage und der relativen Ruhe. Weiter könnte eine vorzeitige Anerkennung einen Schneeballeffekt in anderen regionalen Konflikten auslösen.

In diesem Zusammenhang sollte hervorgehoben werden, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) gegenwärtig die gängige juristische Definition von Staatlichkeit nicht erfüllt. Besonders wenn es um eine funktionsfähige Regierung in den Gebieten geht, die die Palästinenser als ihren Staat beanspruchen.

Die PA hat keine effektive Kontrolle über den Gaza-Streifen, obwohl sich Israel vor sechs Jahren vollständig aus diesem Gebiet zurückgezogen hat. Darüber hinaus übt die PA im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen unterschiedliche Kontrollmaßnahmen nur über die sog. Area A und B des Westjordanlands aus.

Schließlich könnte die vorzeitige Anerkennung eines palästinensischen Staates im Lichte der jüngsten Versöhnung zwischen Fatah und Hamas eine de facto Anerkennung der terroristischen Organisation Hamas bedeuten, die den Gazastreifen regiert. Die Hamas, die in verschiedenen rechtlichen Vereinbarungen weltweit, auch von den USA und der EU, für illegal erklärt wurde, lehnt offensichtlich die Grundsätze des Nahost-Quartetts ab (Anerkennung des Existenzrechts Israels und bestehender Vereinbarungen sowie die Verurteilung von Gewalt) und fordert die Vernichtung Israels.

Zusammengefasst würde eine verfrühte Anerkennung die meisten, wenn nicht alle wichtigen Fragen ungelöst lassen und zusätzlich Öl ins Feuer gießen; sie würde als Belohnung für Unilateralismus, eine Verweigerungshaltung und sogar sehr wahrscheinlich für Terrorismus dienen und wäre ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die eine Annäherung wollen und für eine in Verhandlungen erreichte Lösung des Konflikts plädieren.

Wenn es das Ziel der internationalen Gemeinschaft ist, ein echtes und dauerhaftes Ende des Konflikts herbeizuführen, sollte sie einen einvernehmlich vereinbarten, bilateralen Ansatz fördern. Einseitige Initiativen würden die Parteien nicht näher zusammenbringen, sondern sie weiter

voreinander entfernen als jeweils zuvor.

(Außenministerium des Staates Israel, 20. Juni 2011)

Reconsidering the Goldstone Report on Israel and war crimes

Washington Post, 1. April 2011, by Richard Goldstone

http://www.washingtonpost.com/opinions/reconsidering-the-goldstone-report-on-israel-and-war-crimes/2011/04/01/AFg111JC_story.html

Übersetzung: Stephen Tree

Neubewertung des Goldstone-Berichts über Israel und Kriegsverbrechen

Wir wissen heute mehr über die Vorgänge im Gaza-Krieg von 2008-09 als damals, als ich der vom UNO-Menschenrechtsrat eingesetzten Untersuchungskommission angehörte, die den sogenannten „Goldstone-Bericht“ vorgelegt hat. Hätte ich gewusst, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden.

Der Abschlussbericht des UNO-Komitees aus unabhängigen Experten – dem die ehemalige New Yorker Richterin Mary McGowan Davis vorstand –, die sich auf die Empfehlungen des Goldstone-Berichts bezieht, kam zum Schluss, dass „Israel bedeutende Anstrengungen unternahm, um über 400 Anschuldigungen militärischen Fehlverhaltens in Gaza nachzugehen“, während „die de facto Machthaber (d.h., Hamas) von jedweden Untersuchungen der Raketenabschlüsse und Mörserangriffe gegen Israel absahen“.

Wir haben bei unserer Berichterstattung Hinweise auf mögliche Kriegsverbrechen und „Menschenrechtsverletzungen“ von Israel und Hamas gefunden. Dass die Hamas zugeschriebenen Vergehen absichtlich erfolgt sind, versteht sich von selbst – sind doch deren Raketen vorsätzlich und wahllos auf zivile Ziele abgeschossen worden.

Dass wir Israel bewusste Absichten unterstellten, hing mit den Todesfällen und Verletzungen unter Zivilisten zusammen, die sich unter Umständen abspielten, die, dem Erkenntnisstand unserer Untersuchungskommission entsprechend, keine anderen Schlussfolgerungen zuließen. Zwar haben die vom UNO-Bericht zur Kenntnis genommen Untersuchungen durch israelische Militärbehörden die Stichhaltigkeit der Vorwürfe gegen einzelne israelische Soldaten bestätigt, nicht aber, dass Zivilisten im Sinne einer allgemeinen Grundsatzentscheidung angegriffen wurden.

Der schwerwiegendste Zwischenfall, auf den im Goldstone-Bericht Bezug genommen wurde, betraf die 29 in ihrem Haus zu Tode gekommenen Angehörigen der al-Simouni-Familie. Der Beschuss des Hauses erfolgte offenbar aufgrund einer irrtümlichen Deutung eines Drohnen-Luftaufklärungsbildes, und gegen einen israelischen Offizier wird wegen dieses Angriffsbefehls ermittelt. So bedauerlich die lange Dauer der Untersuchung ist, scheint doch ein angemessenes Verfahren zu erfolgen, und ich bin sicher, dass der Offizier, so man ihn denn einer Pflichtverletzung für schuldig befindet, von Israel entsprechend zur Rechenschaft gezogen wird. Bei einer solchen Untersuchung geht es, wie ich immer wieder erklärt habe, darum, die Verantwortlichkeit für unzulässiges Tun festzustellen, und nicht darum, Kommandanten, die vor Ort schwierige militärische Entscheidungen zu treffen haben, im nachhinein Irrtümer vorzuhalten.

Während ich die israelischen Untersuchungen der Anschuldigungen gutheiße, teile ich die im McGowan-Davis-Bericht ausgesprochene Sorge, dass nur wenige der israelischen Untersuchungen abgeschlossen worden sind, und meine, dass dieselben öffentlich hätten erfolgen sollen. Selbst wenn die seit Veröffentlichung unseres Berichts ermittelten israelischen Fakten den

tragischen Verlust an zivilen Menschenleben nicht infrage stellen, kann ich nicht umhin zu bedauern, dass unserer Untersuchungskommission die betreffenden Erkenntnisse bezüglich der Umstände, unter denen die Zivilisten in Gaza zum Ziel der Angriffe wurden, nicht vorlagen, da dies unsere Schlussfolgerungen bezüglich der Absichtlichkeit der erfolgten Kriegsverbrechen beeinflusst hätte.

Israels Verweigerung der Mitarbeit bei unserer Untersuchung hatte zur Folge, dass wir nicht in der Lage waren, sicher zu ermitteln, wie viele der in Gaza zu Tode gekommenen Zivilisten und wie viele Kombattanten waren. Die vom israelischen Militär vorgelegten Zahlen entsprechen, wie sich zeigte, einigermmaßen denen der Hamas (selbst wenn Hamas Gründe haben mag, die Zahl der eigenen Kämpfer zu erhöhen).

Wie ich von Anfang an klarstellte, hätte ich die Mitarbeit Israels begrüßt. Der Zweck des Goldstone-Berichts hat nie in einer Vorverurteilung Israels bestanden. Ich habe auf einer Veränderung des ursprünglich einseitig gegen Israel gerichteten

Mandats des Menschenrechtsrats beharrt. Und stets klargestellt, dass Israel, wie jeder andere autonome Staat, das Recht und die Pflicht hat, sich und seine Bürger gegen Angriffe aus dem Aus- und Inland zu schützen. Man hat kaum zur Kenntnis genommen, dass unser Bericht zum ersten Mal überhaupt illegale terroristische Handlungen der Hamas im Namen der Vereinten Nationen untersuchte und verurteilte. Ich hatte gehofft, dass unsere Untersuchung sämtlicher Aspekte des Gaza-Konflikts eine neue Epoche der Ausgewogenheit beim UNO-Menschenrechtsrat initiieren würde, der bisher Israel einseitig verurteilt hat.

Nun wurde uns vorgehalten, dass unser Vorgehen juristisch nicht dem Niveau einer gerichtlichen Untersuchung entspricht. Hier gilt: unser Auftrag hat sich nie auf ein gerichtliches oder quasi-gerichtliches Verfahren bezogen. Wir haben nicht das kriminelle Verhalten Einzelner in Israel, Gaza oder der Westbank untersucht. Sondern Empfehlungen bezüglich der von uns ermittelten Fakten ausgesprochen, zu denen bedauerlicherweise keine sachdienlichen Hinweise der israelischen Regierung vorlagen. Unsere wesentliche Empfehlung hat ja gerade darin bestanden, jede Kriegspartei aufzufordern, die in unserem Bericht bezeichneten Vorgänge nachvollziehbar und wahrheitsgetreu zu untersuchen. McGowan Davis kam zum Schluss, dass dies in Israel im Wesentlichen stattgefunden hat; während die Hamas nichts unternahm.

Die Vorstellung, von Hamas, einer Organisation, die die Zerstörung Israels zum Ziel hat, eine Untersuchung von Kriegsverbrechen zu erwarten, wurde als absurd bezeichnet. Ich selber habe, unrealistisch wie immer, gehofft, dass Hamas genau dies tun würde, insbesondere da Israel eigene Untersuchungen durchführt. Ich habe zumindest erwartet, dass Hamas, angesichts der zweifelsfreien Feststellung, dass Hamas-Mitglieder schwerwiegende Kriegsverbrechen begangen haben, von neuen Angriffen absehen würde. Dies war bedauerlicherweise nicht der Fall. Hunderte weiterer Raketen und Mörsergranaten sind auf zivile Ziele im südlichen Israel abgeschlossen worden. Dass vergleichsweise wenig Israelis durch solche ungesetzlichen Raketen- und Mörserangriffe aus Gaza zu Tode gekommen sind, macht sie nicht weniger kriminell. Der UNO-Menschenrechtsrat sollte die abscheulichen Taten aufs schärfste verurteilen.

Es zeigt sich, dass die Forderung an Hamas, eigene Untersuchungen durchzuführen, auf irrigen Annahmen beruht hat. Und der Menschenrechtsrat sollte auch die kürzlich erfolgte unentschuld bare und kaltblütige Abschachtung eines jungen israelischen Paares und drei ihrer kleinen Kinder in ihren Betten verurteilen.

Dennoch bleibt mein Glaube an den Einsatz und die Wirksamkeit internationalen Rechts bei verwickelten tödlichen Konflikte ungebrochen. Unser Bericht hat zu zahlreichen „praktischen Schlussfolgerungen“ und veränderten Richtlinien geführt, darunter neue Maßnahmen der Israelischen Streitkräfte zum Schutz von Zivilisten bei militärischen Konflikten in Städten und der Begrenzung des Einsatzes von weißem Phosphor in bewohnten Gebieten. Die Palästinenserbehörde hat eine unabhängige Untersuchung der von uns unterstellten Menschenrechtsverletzungen – Mordanschläge, Folter und illegale Festnahmen – in die Wege

geleitet, die seitens der Fatah in der Westbank vor allem gegen Angehörige der Hamas erfolgten. Die Untersuchungen haben die meisten von uns ermittelten Menschenrechtsverletzungen bestätigt. Bedauerlicherweise hat die Hamas in Gaza nichts unternommen, um eigene mögliche Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstöße zu untersuchen.

Kurz, ich meine, das Kriegsrecht gilt für nicht-staatliche Akteure wie Hamas ebenso wie für nationale Armeen. Dessen Befolgung durch nicht-staatliche Akteure, und die Untersuchung von entsprechenden Verstößen stellt eine der bedeutendsten Herausforderungen des aktuellen Kriegsrechts dar. Nur wenn alle Parteien einer militärischen Auseinandersetzung darauf verpflichtet werden können, sind wir in der Lage, eine Zivilbevölkerung zu schützen, die ohne eigenes Verschulden in einen Krieg gerät.

Der Autor, ein pensionierter Richter des südafrikanischen Verfassungsgericht und früherer Chefankläger beim Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, war Leiter der UNO-Untersuchungskommission für den Gaza-Konflikt.

(Copyright Text: Washington Post / Copyright Übersetzung: Stephen Tree)



Bericht der öffentlichen Kommission zur Untersuchung des Seezwischenfalls vom 31. Mai 2010

Am 3. Januar 2009 verhängte Israel als Maßnahme im bewaffneten Konflikt mit der Hamas eine Seeblockade über die Gewässer vor dem Gazastreifen. In den Tagen vor dem 31. Mai 2010 näherte sich eine Flottille aus sechs Schiffen mit insgesamt ungefähr 700 Personen an Bord der Küste Israels. Das größte Schiff der Flottille, die Mavi Marmara, hatte insgesamt ungefähr 590 Menschen (Passagiere und Besatzung) an Bord. Am 31. Mai 2010 fingen Kräfte der IDF (Israelische Verteidigungsstreitkräfte) die Mavi Marmara ab und gingen zur Durchsetzung der Seeblockade des Gazastreifens an Bord. Während des Betretens und der Übernahme des Schiffes stießen die Kräfte der IDF auf gewaltsamen Widerstand. Während der Kämpfe auf dem Schiff wurden neun der Schiffspassagiere getötet und 55 verletzt. Neun Soldaten der Zahal wurden ebenfalls verwundet.

Am 14. Juni 2010 setzte die israelische Regierung eine unabhängige öffentliche Kommission ein, um verschiedene Aspekte der vom Staat Israel durchgeführten Maßnahmen zu untersuchen.

Die wichtigsten Feststellungen und Ergebnisse der Turkel-Kommission

Die wichtigsten Feststellungen

1. Die israelische Regierung setzte eine öffentliche, unabhängige und selbstständig agierende Kommission ein. Den Vorsitz der Kommission hatte ein ehemaliger Richter des israelischen Obersten Gerichtshofes; weitere Mitglieder waren Juristen, weltweit anerkannte Experten und internationale Beobachter. Das beweist, dass Israel ein Rechtsstaat ist, der in der Lage ist, sich selbst zu überprüfen. Nur wenige Länder wären bereit, sich einer solch intensiven und fundamentalen Untersuchung zu unterziehen.
2. Die Kommission hat eindeutig festgestellt, dass die Durchführung einer Blockade – auch in internationalen Gewässern – rechtens ist.

3. Obwohl verschiedene Stimmen versucht haben, Israel Kriegsverbrechen zu beschuldigen, beweisen die Ergebnisse der Kommission, dass Israel die Wahrheit gesagt und in Einklang mit dem Gesetz gehandelt hat.
4. Die israelische Regierung und die IDF werden sich mit dem Bericht ausführlich befassen und daraus die nötigen Lehren für die Zukunft ableiten.
5. Waffen, die in den Gaza-Streifen gebracht werden, stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Obwohl Israel die Lebensbedingungen für die Zivilbevölkerung Gazas kontinuierlich verbessert, werden weiterhin Raketen und Mörsergranaten auf israelische Städte abgefeuert. Die Hamas investiert weiter alle ihre Ressourcen in die Aufrüstung mit Raketen und Waffen.
6. Die israelische Regierung und die Sicherheitskräfte werden weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Zivilbevölkerung Israels zu schützen.
7. Der Bericht unterstreicht, dass Gaza für nahezu alle Arten von Gütern und Produkten offen ist. Jede Organisation, die Hilfsgüter nach Gaza einführen möchte, kann dies über die existierenden Grenzübergänge tun. Es besteht keinerlei Notwendigkeit für weitere Flottillen. Diese stellen eine Provokation dar und haben keinen Bezug zu humanitären Hilfsprojekten.

Die wichtigsten Ergebnisse

1. Die Seeblockade wurde aufgrund der Sicherheitsbedürfnisse des Staates Israel eingerichtet und entspricht den Vorschriften des internationalen Rechts.
 - Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Seeblockade angesichts der Sicherheitsbedenken legitim und in Einklang mit internationalem Recht verhängt worden war.
 - Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Israel seiner internationalen humanitären Verantwortung unter den Gegebenheiten einer Seeblockade nachkommt. Dies wird unter anderem dadurch deutlich, dass Schiffe in den Hafen von Ashdod einlaufen und Hilfsgüter abladen dürfen.
2. Die israelische Politik gegenüber dem Gazastreifen entspricht internationalem Recht und Menschenrechten.
 - Israels Kontrolle über den Gazastreifen endete mit der vollständigen Räumung und Abkopplung im Jahr 2005.
 - Israel verhindert nicht die Einfuhr von Gütern des täglichen Bedarfs für die Zivilbevölkerung Gazas. Es stellt jene humanitäre und medizinische Unterstützung zur Verfügung, die laut internationalem Recht notwendig ist. Israel kooperiert auf diesem Gebiet mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und der internationalen Gemeinschaft.

Die Maßnahmen Israels bedeuten keine „kollektive Bestrafung“ der Bevölkerung Gazas. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Israel vorsätzlich Beschränkungen durchgesetzt hat mit dem alleinigen Ziel oder der Absicht, der Zivilbevölkerung Gazas lebensnotwendige Versorgungsmittel vorzuenthalten.

3. Die Übernahme der Marmara wurde im Einklang mit internationalem Recht vollzogen.

- Laut internationalem Recht ist es erlaubt, ein Schiff unabhängig von seiner Position zu übernehmen, wenn festgestellt wurde, dass dieses absichtlich versucht, eine Blockade zu durchbrechen. Dies gilt auch in internationalen Gewässern. Die Kommission hat alle Begleitumstände in Betracht gezogen und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Übernahme in internationalen Gewässern rechtmäßig war.
- Die Möglichkeiten Schiffe, vor allem große Schiffe, auf hoher See zu stoppen, sind sehr beschränkt. Deshalb war das Abseilen der Soldaten von Helikoptern aus eine angemessene Taktik, die internationalem Recht entspricht. Marineeinheiten anderer Länder nutzen diese Taktik ebenfalls. Außerdem kann diese Vorgehensweise das Risiko von Todesfällen im Vergleich zu anderen Methoden verringern.
- Gemäß der Anweisungen durfte das Feuer nur in tatsächlich und unmittelbar lebensbedrohlichen Situationen eröffnet werden. Die Kommission ist davon überzeugt, dass dieser Befehl den Einheiten, die an der Aktion teilgenommen haben, klar gemacht wurde.
- Es gab zahlreiche Warnungen an die Schiffe, aber der Kapitän der Marmara sagte, er weigere sich anzuhalten und versuchte nicht, den Kurs zu ändern.
- Es wird hervorgehoben, dass keine humanitären Güter an Bord der Marmara gefunden wurden.

4. Die Soldaten ergriffen erst Maßnahmen, nachdem sie von der Schiffsbesatzung brutal attackiert worden waren. Das Verhalten der Soldaten entsprach internationalem Recht.

- Während der Vorbereitung der Flottille betonten deren Organisatoren der Flottille, dass man so weit wie möglich auf Gewalt verzichten müsse. Aus diesem Grund rechneten die IDF nicht damit, dass es sich bei der Schiffsbesatzung nicht nur um unschuldige Zivilisten sondern auch um aktive Gewalttäter handeln würde. Die Anweisungen zum Gebrauch der Schusswaffe spiegelten diese Erwartungen wider und entsprachen hauptsächlich den Gegebenheiten einer Polizeimaßnahme.
- Die Soldaten versuchten zunächst, die Marmara von Schlauchbooten aus zu betreten. Aufgrund des gewalttätigen Widerstandes wurde dann jedoch entschieden, sich von Helikoptern aus abzuseilen.
- Die Soldaten wurden brutal mit Geschossen, Messern, Knüppeln, Hämmern, Schlägen und ähnlichem angegriffen. Neun Soldaten wurden verletzt, teilweise durch scharfe Munition und Messerstiche. Drei Soldaten wurden gefangen genommen und in das Innere des Schiffes gezerrt.
- Die Kommission befand, dass sich die Soldaten insgesamt professionell verhalten haben, als sie mit extremer Gewalt konfrontiert wurden, mit der sie nicht gerechnet hatten. Die meisten Fälle, in denen Soldaten Gewalt anwenden mussten, befinden sich in Einklang mit internationalem Recht. Dies beinhaltet jene Fälle, in denen Soldaten Schüsse auf die Körperschwerpunkte von Angreifern abfeuerten. In einigen wenigen Fällen hatte die Kommission nicht genügend Informationen, um eine abschließende Aussage zu treffen. 5.

Das Verhalten der Passagiere

- Die Passagiere der Marmara können in zwei Gruppen unterteilt werden: Friedensaktivisten, die nach einer Sicherheitsinspektion das Schiff in Antalya betraten, sowie ein „harter Kern“ von 40 IHH- Aktivisten, die in Istanbul dazustießen.

Sie unterliefen keine Sicherheitsüberprüfung und kapselten sich von den restlichen Passagieren ab. Sie wurden von ca. 60 weiteren Aktivisten unterstützt, die sich ebenfalls an den Gewalttätigkeiten beteiligten.

- Als der Schiffskapitän alle Passagiere anwies zu ihren Plätzen unter Deck zurückzukehren, blieben die IHH-Aktivisten an Deck, zogen Rettungswesten an und bewaffneten sich mit Äxten, Ketten, Messern, Hämmern usw. Sie zeigten einen hohen Grad an Organisation und Gewaltbereitschaft.
 - Die Kommission ist überzeugt, dass die IHH-Aktivisten scharfe Munition benutzten. Ihre Intention war es, die Seeblockade zu durchbrechen und so der Hamas einen Vorteil im Kampf gegen den Staat Israel zu verschaffen.
 - Die Kommission stellt fest, dass die Mitglieder der gewalttätigen Gruppe den Status von direkt an Kampfhandlungen beteiligten Personen (*direct participants in hostilities* (DHP)) besitzen, denen nicht der gleiche Schutz zuteil wird, der Zivilisten zusteht.
 - Von den neun getöteten Passagieren wurden vier als IHH- Aktivisten identifiziert. Vier weitere wurden als Aktivisten türkisch- islamischer Organisationen identifiziert. Es ist nicht bekannt, ob der weitere Tote einer Gruppe angehörte. Die Verwandten von einigen der Toten sagten aus, dass diese als Shahids (Märtyrer) sterben wollten. Einige hatten sogar Briefe mit ihrem Testament hinterlassen. 6. Die Behandlung der Passagiere
 - Nachdem die Übernahme beendet war, wurden die Verletzten behandelt. Achtzehn Ärzte, sechs Rettungssanitäter, 70 Sanitätssoldaten und ein leitender Arzt waren daran beteiligt. Einige der Verletzten widersetzten sich der medizinischen Behandlung, aber niemand starb nach Beginn der medizinischen Versorgung an seinen Verletzungen.
 - Den Passagieren wurde Wasser und Essen gereicht und sie wurden zu den Toiletten geführt, wenn immer sie darum baten.
 - Einigen der Passagiere wurden Handschellen angelegt, insbesondere jenen, von denen befürchtet wurde, sie könnten versuchen anzugreifen oder Unruhe zu stiften. Durchsuchungen brachten Messer und große Summen Geld, sowie die Pistole eines israelischen Soldaten, kalte Waffen und Materialien, die der Hamas-Bewegung gehörten, und weiteres zutage.
 - Die Kommission ist der Ansicht, dass die Behandlung der Flottillen- Teilnehmer, nachdem das Schiff im Hafen von Ashdod angekommen war, legal und in Einklang mit internationalem Recht war. (*Außenministerium des Staates Israel, 24.01.2011*)
-



Netanyahus Rede vor dem US-Kongress

Israels Ministerpräsident Binyamin Netanyahu hat am 24. Mai 2011 eine Grundsatzrede vor dem amerikanischen Kongress gehalten, die im Folgenden in vollständiger deutscher Übersetzung wiedergegeben wird.

„Ihre herzliche Begrüßung ist mir eine große Ehre. Und es ist mir eine große Ehre, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, ein zweites Mal das Wort an den Kongress zu richten.

Herr Vizepräsident, erinnern Sie sich an die Zeit, da wir die Neuen in der Stadt waren?

Ich sehe eine Menge alter Freunde hier. Und ich sehe eine Menge neuer Freunde Israels hier. Demokraten wie Republikaner.

Israel hat keinen besseren Freund als Amerika. Und Amerika hat keinen besseren Freund als Israel. Wir stehen zusammen, um die Demokratie zu verteidigen. Wir stehen zusammen, um den Frieden voranzubringen. Wir stehen zusammen, um den Terrorismus zu bekämpfen. Herzlichen Glückwunsch, Amerika, herzlichen Glückwunsch, Herr Präsident. Sie haben bin Laden. Den wären wir los!

In einem instabilen Nahen Osten ist Israel der Anker der Stabilität. In einer Region wechselnder Allianzen ist Israel Amerikas unerschütterlicher Verbündeter. Israel war immer pro-amerikanisch. Israel wird immer pro-amerikanisch sein.

Meine Freunde, in Israel müssen Sie keine Nationsbildung betreiben. Wir sind bereits gebildet. Nach Israel müssen Sie die Demokratie nicht exportieren. Wir haben Sie bereits. Sie müssen keine amerikanischen Truppen schicken, um Israel zu verteidigen. Wir verteidigen uns selbst. Sie sind sehr großzügig dabei gewesen, uns die Mittel zu geben, um die Verteidigung Israels selbst zu übernehmen. Danke Ihnen allen, und danke Ihnen, Präsident Obama, für Ihre standhafte Verpflichtung gegenüber Israels Sicherheit. Ich weiß, die Zeiten sind wirtschaftlich schwer. Ich weiß es sehr zu schätzen.

Die Hilfe für Israels Sicherheit ist eine kluge Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Denn im Nahen Osten beginnt gerade ein gewaltiger Kampf zwischen Tyrannei und Freiheit. Und ein großer Aufruhr erschüttert die Erde vom Khyber-Pass bis zur Straße von Gibraltar. Die Beben haben Staaten erschüttert und Regierungen zu Fall gebracht. Und wir alle können sehen, dass der Boden sich noch immer bewegt. Dieser historische Moment verspricht eine Morgenröte von Freiheit und Chancen. Millionen junger Menschen sind entschlossen, ihre Zukunft zu ändern. Wir alle blicken auf Sie. Sie bringen Mut auf. Sie fordern Würde. Sie sehnen sich nach Freiheit.

Diese außergewöhnlichen Szenen in Tunis und Kairo erinnern an die von Berlin und Prag 1989. Während wir Ihre Hoffnungen teilen, müssen wir uns allerdings auch daran erinnern, dass diese Hoffnungen abgewürgt werden können wie 1979 in Teheran. Sie erinnern sich daran, was damals passierte. Der kurze demokratische Frühling im Iran wurde durch eine grausame und unerbittliche Tyrannei abgebrochen. Dieselbe Tyrannei erstickte die demokratische

Zedernrevolution im Libanon und brachte diesem leidgeprägten Land die mittelalterliche Herrschaft der Hisbollah.

So steht der Nahe Osten heute an einer schicksalhaften Kreuzung. Wie Sie alle bete ich dafür, dass die Völker der Region den seltener beschrittenen Pfad, den Pfad der Freiheit, einschlagen werden. Niemand weiß besser als Sie, worin dieser Pfad besteht. Dieser Pfad wird nicht allein

durch Wahlen geebnet. Er wird geebnet, wenn Regierungen Proteste auf städtischen Plätzen zulassen, wenn der Macht der Herrscher Grenzen gesetzt werden, wenn Richter Gesetzen verpflichtet sind und nicht Männern, und wenn Menschenrechte nicht von Stammesloyalität oder der Herrschaft des Pöbels zerschmettert werden.

Israel hat diesen Pfad, der im Nahen Osten lange Zeit zurückgewiesen wurde, stets begrüßt. In einer Region, in der Frauen gesteinigt, Schwule gehängt und Christen verfolgt werden, ragt Israel heraus. Es ist anders.

Die große englische Schriftstellerin George Eliot sagte vor über einem Jahrhundert voraus, dass der jüdische Staat nach seiner Gründung „wie ein heller Stern der Freiheit inmitten der Despotien des Ostens“ leuchten werde. Nun, sie hatte Recht. Wir haben eine freie Presse, unabhängige Gerichte, eine freie Wirtschaft, stürmische parlamentarische Debatten. Sie denken, Sie gehen hart miteinander um im Kongress? Dann verbringen Sie einmal einen Tag in der Knesset. Seien Sie meine Gäste.

Mutige arabische Demonstranten kämpfen derzeit um dieselben Rechte für ihre Völker, für ihre Gesellschaften. Wir sind stolz darauf, dass mehr als eine Million arabische Bürger Israels seit Jahrzehnten diese Rechte genießen. Von den 300 Millionen Arabern im Nahen Osten und Nordafrika genießen nur Israels arabische Bürger wirkliche demokratische Rechte. Von diesen 300 Millionen Arabern ist weniger als ein halbes Prozent wirklich frei, und sie sind alle Bürger Israels!

Diese erstaunliche Tatsache offenbart eine Grundwahrheit: Israel ist nicht, was falsch ist am Nahen Osten. Israel ist, was richtig ist am Nahen Osten.

Israel unterstützt das Verlangen der arabischen Völker in unserer Region auf ein Leben in Freiheit vollends. Wir sehnen uns nach dem Tag, da Israel eine von vielen wirklichen Demokratien im Nahen Osten sein wird.

Vor 15 Jahren stand ich auf eben diesem Podium und sagte, die Demokratie müsse Wurzeln schlagen im Nahen Osten. Nun, sie hat begonnen Wurzeln zu schlagen. Dieser Anfang trägt das Versprechen einer strahlenden Zukunft von Frieden und Wohlstand. Ich glaube nämlich, ein wahrlich demokratischer Naher Osten wird ein wahrhaft friedlicher Naher Osten sein.

Aber während wir auf das Beste hoffen und hinarbeiten, müssen wir auch die mächtigen Kräfte erkennen, die sich dieser Zukunft widersetzen. Sie widersetzen sich der Moderne. Sie widersetzen sich der Demokratie. Sie widersetzen sich dem Frieden.

Unter diesen Kräften rangiert an erster Stelle der Iran. Die Tyrannei in Teheran behandelt ihr eigenes Volk brutal. Sie unterstützt Angriffe gegen amerikanische Truppen in Afghanistan und im Irak. Sie knechtet den Libanon und Gaza. Sie finanziert den Terrorismus weltweit.

Als ich zuletzt hier stand, sprach ich von den schlimmen Folgen eines Iran, der sich atomar bewaffnet. Nun läuft die Zeit aus, und das Scharnier der Geschichte könnte sich bald umkehren. Denn die größte Gefahr für die Menschheit könnte bald über uns kommen: ein militantes islamisches Regime mit Atomwaffen.

Der militante Islam bedroht die Welt. Er bedroht den Islam. Ich habe keine Zweifel, dass er am Ende besiegt werden wird. Er wird am Ende den Kräften von Freiheit und Fortschritt unterliegen.

Aber wie andere Fanatismen, die zum Scheitern verurteilt waren, könnte der militante Islam vor seinem unvermeidlichen Untergang einen fürchterlichen Preis von uns allen fordern.

Ein atomar bewaffneter Iran würde einen atomaren Rüstungswettlauf im Nahen Osten in Gang setzen. Er würde Terroristen einen nuklearen Schutzschirm bieten. Er würde den Albtraum vom nuklearen Terrorismus zu einer klaren und gegenwärtigen Gefahr auf der ganzen Welt machen. Ich will, dass sie verstehen, was das bedeutet. Sie könnten die Bombe überall platzieren. Sie

könnten sie auf einer Rakete platzieren. Sie könnte auf einem Frachtschiff in einem Hafen oder in einem Koffer in der U-Bahn sein.

Die Bedrohung für mein Land kann nicht überschätzt werden. Wer sie ignoriert, steckt seinen Kopf in den Sand. Weniger als sieben Jahrzehnte nachdem sechs Millionen Juden ermordet wurden, leugnen Irans Führer den Holocaust des jüdischen Volkes, während sie gleichzeitig zur Vernichtung des jüdischen Staates aufrufen.

Politische Führer, die solches Gift versprühen, sollten aus jedem respektablen Forum auf dem Planeten verbannt werden. Aber es gibt etwas, was die Empörung noch größer macht: der Mangel an Empörung. In großen Teilen der internationalen Gemeinschaft begegnet man den Aufrufen zu unserer Zerstörung mit schierem Schweigen. Es wird dadurch noch schlimmer, dass viele Israel dafür verurteilen, dass es sich selbst gegen die Verbündeten des Iran verteidigt.

Aber nicht Sie. Nicht Amerika. Sie haben anders agiert. Sie haben das iranische Regime wegen seiner genozidalen Absichten verurteilt. Sie haben harte Sanktionen gegen den Iran verabschiedet. Die Geschichte wird es Amerika danken.

Präsident Obama hat gesagt, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln. Er veranlasste den Sicherheitsrat mit Erfolg dazu, Sanktionen gegen den Iran zu verabschieden. Sie im Kongress haben sogar noch härtere Sanktionen verabschiedet. Diese Worte und Taten sind existentiell wichtig.

Das Ayatollah-Regime stellte sein Atomprogramm nur einmal kurz ein, im Jahr 2003, als es die Möglichkeit einer militärischen Aktion fürchtete. Im selben Jahr gab Muamar Gaddafi sein Atomprogramm auf – aus demselben Grund. Je mehr der Iran glaubt, dass alle Optionen auf dem Tisch sind, desto geringer ist die Gefahr einer Konfrontation. Daher bitte ich Sie darum, weiter eine klare Botschaft zu übermitteln: dass Amerika niemals zulassen wird, dass der Iran Atomwaffen entwickelt.

Was Israel angeht: Wenn die jüdische Geschichte irgendetwas lehrt, dann das, dass wir Aufrufe zu unserer Vernichtung ernst nehmen müssen. Wir sind eine Nation, die aus der Asche des Holocaust entstanden ist. Wenn wir ‚Nie wieder‘ sagen, dann meinen wir ‚Nie wieder‘. Israel behält sich stets das Recht auf Selbstverteidigung vor.

Meine Freunde, während Israel stets wachsam in seiner Verteidigung sein wird, werden wir nie unser Streben nach Frieden aufgeben. Ich nehme an, wir geben es auf, sobald wir ihn erreicht haben. Israel will Frieden. Israel braucht Frieden. Wir haben historische Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien erreicht, die für Jahrzehnte gehalten haben.

Ich erinnere mich daran, wie es war, bevor wir Frieden hatten. Ich wurde bei einem Feuergefecht im Suezkanal beinahe getötet. Ich meine das wörtlich. Ich habe an den Ufern des Jordans gegen Terroristen gekämpft. Zu viele Israelis haben Angehörige verloren. Ich kenne ihre Trauer. Ich verlor meinen Bruder.

Niemand in Israel will also zu diesen fürchterlichen Zeiten zurückkehren. Der Frieden mit Ägypten und Jordanien hat lange als ein Anker von Stabilität und Frieden im Herzen des Nahen Ostens fungiert.

Dieser Frieden sollte durch wirtschaftliche und politische Unterstützung aller gefördert werden, die dem Frieden verpflichtet bleiben.

Die Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien sind lebensnotwendig. Aber sie reichen nicht aus. Wir müssen auch einen Weg finden, um einen dauerhaften Frieden mit den Palästinensern zu schmieden. Vor zwei Jahren habe ich mich selbst einer Lösung von zwei Staaten für zwei Völker verschrieben: einem palästinensischen Staat an der Seite des jüdischen Staates.

Ich bin bereit, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, um diesen historischen Frieden zu erzielen. Als Regierungschef Israels ist es meine Verantwortung, mein Volk zum Frieden zu führen.

Dies ist nicht leicht für mich. Ich sehe ein, dass wir bei einem wirklichen Frieden einen Teil des jüdischen Heimatlandes werden aufgeben müssen. Das jüdische Volk ist in Judäa und Samaria kein ausländischer Besatzer. Wir sind nicht die Briten in Indien. Wir sind nicht die Belgier im Kongo.

Dies ist das Land unserer Vorväter, das Land Israel, in das Abraham die Idee des einen Gottes brachte, wo David sich Goliath entgegenstellte und wo Jesaja eine Vision von ewigem Frieden hatte. Keine Geschichtsverzerrung kann das vier Jahrtausende alte Band zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Land leugnen.

Aber es gibt noch eine andere Wahrheit: die Palästinenser teilen dieses kleine Land mit uns. Wir trachten nach einem Frieden, in dem sie weder Israelis Untertan noch seine Bürger sein werden. Sie sollen ein würdevolles nationales Leben führen als ein freies, lebensfähiges und unabhängiges Volk in ihrem eigenen Staat. Sie sollen eine prosperierende Wirtschaft haben, in der ihre Kreativität und unternehmerische Initiative gedeihen können.

Wir haben bereits die Anfänge dessen gesehen, was möglich ist. In den letzten beiden Jahren haben die Palästinenser damit begonnen, ein besseres Leben für sich selbst aufzubauen. Ministerpräsident Fayad hat diese Bemühungen angeführt. Ich wünsche ihm eine schnelle Genesung von seiner jüngsten Operation.

Wir haben der palästinensischen Wirtschaft geholfen, indem wir Hunderte von Straßensperren für den freien Verkehr von Gütern und Personen entfernt haben. Die Resultate sind sehr bemerkenswert. Die palästinensische Wirtschaft boomt. Sie wächst um mehr als 10% pro Jahr.

Die palästinensischen Städte sehen heute ganz anders aus als noch vor wenigen Jahren. Sie haben Einkaufszentren, Kinos, Restaurants, Banken. Sie haben selbst E-Businesses. All dies geschieht ohne Frieden. Man stelle sich vor, was mit Frieden geschehen könnte. Frieden würde beiden Völkern eine neue Ära ankündigen. Er würde den Traum eines umfassenderen arabisch-israelischen Friedens zu einer realistischen Möglichkeit machen.

Hier ist also die Frage. Man muss sie stellen. Wenn die Vorzüge des Friedens mit den Palästinenser so klar sind, warum ist er uns versagt geblieben? Alle sechs israelischen Ministerpräsidenten seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge haben der Gründung eines palästinensischen Staates zugestimmt. Auch ich gehöre dazu. Warum ist also kein Frieden erreicht worden? Weil die Palästinenser bislang nicht bereit waren, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren, wenn dies bedeutete, daneben eine jüdischen Staat zu akzeptieren.

Sie sehen, unser Konflikt ging nie um die Gründung eines palästinensischen Staates. Er ging immer um die Existenz des jüdischen Staates. Dies ist es, worum der Konflikt geht. 1947 stimmten die Vereinten Nationen für eine Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die Juden sagten Ja. Die Palästinenser sagten Nein. In den letzten Jahren wiesen die Palästinenser zweimal generöse Angebote von israelischen Ministerpräsidenten

zurück, einen palästinensischen Staat auf nahezu dem gesamten Territorium zu errichten, das Israel im Sechs-Tage-Krieg gewonnen hatte.

Sie waren schlicht nicht willens, den Konflikt zu beenden. Und ich bedauere, sagen zu müssen: Sie fahren damit fort, ihre Kinder zum Hass zu erziehen. Sie nennen weiter öffentliche Plätze nach Terroristen. Und – schlimmer noch – sie pflegen weiter die Phantasie, dass Israel eines Tages von den Nachkommen palästinensischer Flüchtlinge überflutet werde.

Meine Freunde, dies muss ein Ende nehmen. Präsident Abbas muss tun, was ich getan habe. Ich

stand vor meinem Volk - und ich sagte ihnen, es war nicht leicht für mich – und sagte: ‚Ich werde einen palästinensischen Staat akzeptieren‘ Es ist Zeit, dass Präsident Abbas sich vor sein Volk stellt und sagt: ‚Ich werde einen jüdischen Staat akzeptieren.‘

Diese sechs Wörter werden die Geschichte verändern. Sie werden den Palästinensern klar machen, dass dieser Konflikt ein Ende nehmen muss. Dass sie nicht einen Staat aufbauen, um den Konflikt mit Israel fortzuführen, sondern um ihn zu verändern. Sie werden das israelische Volk davon überzeugen, dass sie einen wirklichen Partner für Frieden haben. Mit so einem Partner wird das israelische Volk bereit sein, einen weit reichenden Kompromiss zu machen. Ich werde bereit sein, weit reichende Kompromisse zu machen.

Dieser Kompromiss muss die dramatisch demographischen Wandlungen reflektieren, die seit 1967 vonstattengegangen sind. Die große Mehrheit der 650 000 Israelis, die jenseits der Grenzen von 1967 leben, wohnen in Vierteln und Vororten von Jerusalem und dem Großraum Tel Aviv.

Diese Gebiete sind dicht bevölkert, aber geographisch recht klein. Nach jedem realistischen Friedensabkommen werden diese Gebiete, so wie andere Orte von strategischer und nationaler Bedeutung in die endgültigen Grenzen Israels eingegliedert werden.

Der Status der Siedlungen wird nur in Verhandlungen entschieden werden. Aber wir müssen auch ehrlich sein. So sage ich heute etwas, das jeder, der es ernst mit dem Frieden meint, öffentlich sagen sollte. Bei jedem Friedensabkommen, das den Konflikt beendet, werden einige Siedlungen jenseits der israelischen Grenze verbleiben. Über die genaue Grenzziehung muss verhandelt werden. Wir werden sehr großzügig in Bezug auf die Größe eines zukünftigen palästinensischen Staates sein. Aber wie Präsident Obama sagte, wird die Grenze anders verlaufen als die vor dem 4. Juni 1967. Israel wird nicht zu den nicht zu verteidigenden Grenzen von 1967 zurückkehren.

Wir sehen ein, dass ein palästinensischer Staat groß genug sein muss, um überlebensfähig, unabhängig und prosperierend zu sein. Präsident Obama hat zu Recht von Israel als dem Heimatland des jüdischen Volkes gesprochen, so wie er auch vom zukünftigen palästinensischen Staat als Heimatland des palästinensischen Volkes gesprochen hat. Juden aus aller Welt haben ein Recht darauf, in den jüdischen Staat einzuwandern. Palästinenser aus aller Welt sollten – wenn sie sich dazu entscheiden – ein Recht darauf haben, in einen palästinensischen Staat einzuwandern. Dies bedeutet, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem außerhalb der Grenzen Israels gelöst werden wird.

Was Jerusalem angeht: Nur das demokratische Israel hat die Religionsfreiheit aller Glaubensrichtungen in der Stadt geschützt. Jerusalem darf nie wieder geteilt werden. Jerusalem muss die vereinte Hauptstadt Israels bleiben. Ich weiß, dass dies eine schwierige Angelegenheit für die Palästinenser ist. Aber ich glaube, mit Kreativität und gutem Willen kann eine Lösung gefunden werden.

Dies ist der Frieden, den ich mit einem palästinensischen Partner, der dem Frieden verpflichtet ist, zu schmieden plane. Aber Sie wissen sehr gut, dass im Nahen Osten nur ein Frieden Bestand haben wird, den man verteidigen kann.

Der Frieden muss also in Sicherheit verankert sein. In den letzten Jahren hat sich Israel aus dem Südlibanon und aus Gaza zurückgezogen. Aber wir haben keinen Frieden bekommen. Stattdessen wurden von Hisbollah und Hamas 12 000 Raketen von diesen Gebieten auf unsere Städte, unsere Kinder abgefeuert. Den UN-Friedenstruppen im Libanon ist es nicht gelungen, den Schmuggel dieser Waffen zu verhindern. Die europäischen Beobachter in Gaza haben sich über Nacht verflüchtigt. Sollte Israel also einfach so die Gebiete verlassen, würde der Waffenstrom in einen zukünftigen palästinensischen Staat unkontrolliert sein. Raketen von dort könnten nahezu jedes Haus in Israel in weniger als einer Minute erreichen. Ich will, dass sie auch daran denken. Stellen Sie sich vor, wir hätten jetzt weniger als 60 Sekunden Zeit, vor einer eintreffenden Rakete Schutz zu suchen. Würden Sie so leben wollen? Würde irgendjemand so leben wollen? Nun, wir wollen auch nicht so leben.

Die Wahrheit ist, dass Israel aufgrund seiner einzigartigen Größe einzigartige Sicherheitsvorkehrungen benötigt. Israel ist eines der kleinsten Länder auf der Welt. Herr Vizepräsident, ich gestehe Ihnen das zu, es ist größer als Delaware. Es ist sogar größer als Rhode Island. Aber das ist es dann auch. Israel innerhalb der Grenzen von 1967 würde halb so breit sein wie der Washington Beltway.

Hier noch ein wenig Nostalgie. Zum ersten Mal kam ich nach Washington vor 30 Jahren als junger Diplomat. Ich brauchte eine Weile, aber am Ende stellte ich fest: Es gibt ein Amerika jenseits des Beltway. Aber Israel in den Grenzen von 1967 wäre nur 9 Meilen breit. So viel zur strategischen Tiefe.

Es ist also absolut lebensnotwendig für Israels Sicherheit, dass ein palästinensischer Staat voll entmilitarisiert ist. Und es ist lebensnotwendig, dass Israel eine langfristige militärische Präsenz am Jordan beibehält. Solide Sicherheitsvorkehrungen vor Ort sind nicht nur notwendig, um den Frieden zu schützen; sie sind auch notwendig, um Israel in dem Fall zu schützen, dass der Frieden zerbricht. Denn in unserer instabilen Region kann niemand garantieren, dass unsere Friedenspartner von heute morgen noch da sein werden.

Und wenn ich sage morgen, meine ich nicht irgendeinen entfernten Zeitpunkt in der Zukunft. Ich meine morgen. Frieden kann nur am Verhandlungstisch erreicht werden. Der palästinensische Versuch, durch die Vereinten Nationen eine Lösung zu erzwingen, wird keinen Frieden bringen. Ihm sollte von allen, die das Ende dieses Konflikts sehen wollen, kraftvoll entgegengetreten werden.

Ich weiß die klare Position des Präsidenten in dieser Frage zu schätzen. Frieden kann nicht aufgezwungen werden. Er muss verhandelt werden. Aber er kann nur mit Partnern verhandelt werden, die dem Frieden verpflichtet sind.

Und die Hamas ist kein Partner für Frieden. Die Hamas bleibt Israels Zerstörung und dem Terror verpflichtet. Sie haben eine Charta. Diese Charta ruft nicht nur zur Vernichtung Israels auf, sondern sagt: 'Tötet Juden, wo immer ihr sie findet.' Der Führer der Hamas verurteilte die Tötung Osama bin Ladens und pries ihn als heiligen Krieger. Nun möchte ich es abermals klarstellen. Israel ist bereit, sich heute hinzusetzen und mit der Palästinensischen Autonomiebehörde über Frieden zu verhandeln. Ich glaube, wir können eine strahlende Zukunft für unsere Kinder gestalten. Aber Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, die von der palästinensischen Version al-Qaidas gestützt wird.

So appelliere ich an Präsident Abbas: Zerreißen Sie Ihren Vertrag mit der Hamas! Setzen Sie sich hin und verhandeln Sie! Machen Sie Frieden mit dem jüdischen Staat? Und wenn Sie das tun, verspreche ich Folgendes: Israel wird nicht das letzte Land sein, das einen palästinensischen Staat als neues Mitglied der Vereinten Nationen willkommen heißt. Es wird das erste Land sein, das dies tut.

Meine Freunde, die folgenschweren Prüfungen des letzten Jahrhunderts und die sich entfaltenden Geschehnisse dieses Jahrhunderts zeugen von der entscheidenden Rolle der Vereinigten Staaten bei der Förderung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit. Die Vorsehung hat die Vereinigten Staaten zum Wächter der Freiheit gemacht. Unter den dankbarsten Nationen ist meine Nation, das israelische Volk, das gegen unmögliche Widerstände für seine Freiheit und um sein Leben gekämpft hat, in früherer und in neuer Zeit gleichermaßen.

Ich spreche im Namen des jüdischen Volkes und des jüdischen Staates, wenn ich Ihnen, den Repräsentanten Amerikas, Danke sage. Danke Ihnen für Ihre unerschütterliche Unterstützung Israels. Danke Ihnen für die Sicherstellung, dass die Flamme der Freiheit auf der ganzen Welt hell brennt. Möge Gott Sie alle segnen. Und möge Gott die Vereinigten Staaten für immer segnen.

(Außenministerium des Staates Israel, 24.05.11)

Vereinigung mit dem Terrorismus Das Versöhnungsabkommen zwischen Hamas und Fatah

Am 27. April 2011 haben Hamas und Fatah einen Vorvertrag zur Versöhnung zwischen den beiden Organisationen vereinbart. Der Leiter des Hamas-Politbüros, Khaled Mashaal, und der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, werden ihn in Kairo unterzeichnen.

Trotz palästinensischer Versuche, dies als einen positiven Schritt darzustellen, behält die Hamas ihren Grundcharakter als Terrororganisation, die Ansätze zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zurückweist und gleichzeitig den globalen Jihad unterstützt, bei.

Man braucht sich nur die Stellungnahme der Hamas im Anschluss an den Tod Osama Bin Ladens anzusehen, um das Ausmaß ihres terroristischen Wesens und Charakters zu verstehen. Am 2. Mai verurteilte Hamas-Ministerpräsident Ismail Haniyeh den „Mord“ an Bin Laden und pries ihn als „heiligen Krieger“. Haniyeh betonte: „Wir betrachten dies ... als eine Fortsetzung der auf Unterdrückung und dem Vergießen von muslimischem und arabischem Blut basierenden US-Politik. Trotz Meinungsunterschieden innerhalb der arabischen und islamischen Welt verurteilen wir die Ermordung eines heiligen arabischen und muslimischen Kriegers ganz entschieden. Möge Allah ihm gnädig sein, und möge er seinen rechtmäßigen Platz mit den Märtyrern und Gerechten einnehmen.“

Die Zurückweisung des Friedenspfads und der Bedingungen des Nahostquartetts durch die Hamas sowie ihr Einsatz für den Terrorismus werden in ihren Interviews und Pressekonferenzen vom Tag, da der Einigungsvertrag vereinbart wurde, ersichtlich.

Die drei Bedingungen des Nahostquartetts (USA, EU, UNO und Russland) für jegliche palästinensische Regierung, die internationale Legitimität und Zusammenarbeit anstrebt, - Anerkennung von Israels Existenzrecht, Verzicht auf Terror und Gewalt und Einhaltung früherer Abkommen und Verpflichtungen – wurden in der Übereinkunft ignoriert. In der von Al-Jazeera übertragenen Pressekonferenz vom 27. April, erklärte der stellvertretende Leiter des Hamas-Politbüros, Moussa Abu Marzuq: „Nun sind das Quartett und mit ihm seine Bedingungen obsolet geworden, und es wird nicht mehr groß berücksichtigt. Das Quartett und seine Bedingungen wurden in diesen Übereinkünften nicht auch nur ein einziges Mal erwähnt.“

Am selben Tag verkündete der Hamas-Außenminister in Gaza, Mahmoud al-Zahar, in Al-Jazeera, dass die Hamas weiter den Terrorismus unterstützen werde: „Wir glauben an den bewaffneten Kampf, zusätzlich zu verantwortungsvollem Regieren, sowie daran, dem Widerstand [d.i. Terrorismus] Regierungsressourcen zur Verfügung zu stellen.“

Al-Zahar wies auch das Prinzip friedlicher Verhandlungen zurück, wobei er bemerkte: „Unsere Perspektive ist ganz anders als die der Fatah. Die Fatah glaubt an Verhandlungen, während wir glauben, dass Verhandlungen mit dem israelischen Feind vergeblich sind.“

Die Hamas hat eine lange Geschichte des Einsatzes von Terror und Gewalt gegen unschuldige Zivilisten. Seit ihrer Gründung hat sie ihre mörderischen Attacken gegen unschuldige Zivilisten durch Selbstmordattentate in Bussen und Restaurants sowie den Beschuss von Bevölkerungszentren mit Raketen und Mörsergranaten perfektioniert. Ihre unerbittlichen Anstrengungen zum täglichen Schmuggel tödlicher Waffen in den Gaza-Streifen setzt sie mit Hilfe von Iran, Syrien und Hisbollah weiter fort. Laut ihrer eigenen Stellungnahmen hat die Hamas weder die Absicht zur Läuterung noch den Willen zur Mäßigung.

Die Hamas-Charta erklärt klar: „Für das Palästina-Problem gibt es keine andere Lösung als den Jihad. Friedensinitiativen sind reine Zeitverschwendung, eine sinnlose Bemühung.“ (Artikel 13)

Die Palästinensische Autonomiebehörde sollte sich mit der Hamas nicht einlassen, bis diese

Organisation bereit ist, den Quartett-Bedingungen Folge zu leisten, einschließlich der Anerkennung Israels und der Absage an den Terrorismus. Mit einer palästinensischen Regierung, zu der jene gehören, die nur Tod und Zerstörung suchen, den globalen Jihad und den Terrorismus unterstützen und sowohl Verhandlungen als auch den Willen des internationalen Quartettes zurückweisen, kann kein Frieden erreicht werden.

(Außenministerium des Staates Israel, 03.05.11)
